

Niederschrift über die 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 04.07.2017, 17:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Norbert Frieling	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Walter Böcker
Herr Bernhard Haveresch	CDU	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr André Kretschmer	SPD	ohne TOP 9
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Peter Sokol	AfC/FAMILIE	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	bis TOP 1 n. ö. S., 19.20 Uhr
Herr Gerrit Tranel	CDU	ab TOP 2 ö. S., 17.06 Uhr, bis TOP 10 19.07 Uhr
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:25 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Osterwicker Straße: Verbesserung des östlichen Gehweges, veränderte Führung der Radfahrer, Parkleitsystem, Verbesserung der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 140/2017
- 3 Freigabe des Marktplatzes und eines Teils der Schüppenstraße für Radfahrer
Vorlage: 139/2017
- 4 Umsetzung eines dynamischen Parkleitsystems
Vorlage: 138/2017
- 5 Prüfung Anpassungserfordernisse B-Plan Nr. 12 Druffels Feld
Vorlage: 144/2017
- 6 Bauvorhaben Schulzentrum - Festlegung der Verfahrensart zur Vergabe der Architekten- u. Ingenieurleistungen
Vorlage: 136/2017
- 7 Konzentrationszonen Letter Bruch, östlich Zuschlag, Goxel - geänderte Standortkonzepte
Vorlage: 137/2017
- 8 Neubau des Umkleidegebäudes im Sportzentrum Lette
Vorlage: 130/2017
- 9 Zustimmung zur Ablösung des Ausbaubeitrags für die Ausbaumaßnahme "Am Haus Lette"
Vorlage: 141/2017
- 10 Pflegeaufwendungen Schlosspark/Wiemannweg
Vorlage: 150/2017
- 11 Beschluss der Ausbauplanung zur Umgestaltung der Bernhard-von-Galen-Straße (2. Bauabschnitt) und zur Ausgestaltung der Tempo 30-Zone Münsterstraße
Vorlage: 143/2017
- 12 Vorhaben- und Erschließungsplan "Fritzen-Quartier"
Vorlage: 145/2017
- 13 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Zu Tagesordnungspunkt 8 liegen als Tischvorlagen die Beschlusslage aus der Sitzung des Bezirksausschusses vom 21.06.2017 und ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2017 vor.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Schmitz

- berichtet über erste Abstimmungen zu Planungsüberlegungen für das Wohngebiet „Kalksbecker Heide“,
- weist noch einmal auf die Bürgerversammlung am 10.07.2017 um 19.00 Uhr im PZ zur Umgestaltung der NaturBERKEL hin.

TOP 2	Osterwicker Straße: Verbesserung des östlichen Gehweges, veränderte Führung der Radfahrer, Parkleitsystem, Verbesserung der Straßenbeleuchtung Vorlage: 140/2017
-------	---

Herr Schmitz informiert anhand einer PowerPointPräsentation über die geplanten Umbaumaßnahmen und erläutert mittels einer Simulation die Beleuchtungsvarianten 1 und 2. Anschließend stellt er das Parkleitsystem für den Bereich der Osterwicker Straße vor.

In der Erörterung sieht Herr Tranel für die CDU-Fraktion in den Beleuchtungsvarianten keinen großen Unterschied. Daher sollten die Mehrkosten für die Variante 2 eingespart und Variante 1 umgesetzt werden. Im Übrigen könne seine Fraktion den Beschlussvorschlägen folgen.

Herr Stallmeyer spricht sich für die SPD-Fraktion aufgrund der Funktion als „Kulturallee Osterwicker Straße“ für die höherwertige Variante 2 aus.

Beschlussvorschlag 1:

Die Verbesserung des östlichen Gehweges an der Osterwicker Straße erfolgt entsprechend der in der Bürgerversammlung vorgestellten und als Anlage der Sitzungsvorlage 140/2017 beigefügten Planung.

Beschlussvorschlag 2:

Die Ausführungsplanung für ein Parkleitsystem an der Osterwicker Straße sowie die Realisierung des Leitsystems erfolgt auf Grundlage des in der Bürgerversammlung vorgestellten und als Anlage der Sitzungsvorlage 140/2017 beigefügten Planungskonzeptes.

Beschlussvorschlag 3:

Vorschlag der Verwaltung:

Die Beleuchtung der Osterwicker Straße erfolgt entsprechend der in der Bürgerversammlung vorgestellten und im Sachverhalt erläuterten Variante **2**.

Alternativ:

Die Beleuchtung der Osterwicker Straße erfolgt entsprechend der in der Bürgerversammlung vorgestellten und im Sachverhalt erläuterten Variante **1**.

Beschlussvorschlag 4:

1. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - die Möglichkeiten einer Ausweisung des Konzerttheaterparkplatzes als Ausweichparkplatz für das CoeBad zu prüfen,
 - die Parksituation auf der Osterwicker Straße im Allgemeinen und im Bereich der Querungshilfen im Besonderen zu prüfen,
 - die Beleuchtung der Osterwicker Straße nördlich des Wohngebietes „Am Theater“ auf den Prüfstand zu stellen.
2. Die Zufahrt zur Theodor-Heuss-Realschule wird wie im Planungskonzept vorgesehen in das Parkleitsystem für die Osterwicker Straße integriert.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	12	0	0
Beschluss 2	12	0	0
Beschluss 3 Variante 2	3		
Beschluss 3 Variante 1	9		
Beschluss 4	12	0	0

Damit erfolgt die Beleuchtung der Osterwicker Straße entsprechend der Variante **1**.

TOP 3	Freigabe des Marktplatzes und eines Teils der Schuppenstraße für Radfahrer Vorlage: 139/2017
-------	---

Der Ausschuss nimmt den Bericht nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

TOP 4	Umsetzung eines dynamischen Parkleitsystems Vorlage: 138/2017
-------	--

In der Aussprache sieht Herr Stallmeyer für die SPD-Fraktion in einem dynamischen Parkleitsystem eine seit langem überfällige Maßnahme. Er ist der Meinung, die Umsetzung durch Verkehrszahlen insbesondere im Bereich Basteiring/Köbbinghof zu begleiten, um ermitteln zu können, ob der Parksuchverkehr tatsächlich abnehme. In dem Vorschlag einer Auftaktbeschilderung mittels Park-App sieht er im Hinblick auf das Handy-Verbot im Auto wenig Sinn.

Herr Kraska ist für die FPD-Fraktion der Auffassung, dass die vielen Schilder und Farben verwirrend und altertümlich seien. Die Park-App sei dagegen spannend und leite zu freien Parkplätzen. Auf seine Frage, ob das System ausbaufähig für eine digitale Steuerung sei, führt Herr Backes aus, dass dies zurzeit schwierig abzuschätzen sei. Die Verwaltung gehe davon aus, für die nächsten 15 bis 20 Jahre eine vernünftige Technik gefunden zu haben, die zu zukünftigen anderen Systemen entwickelt werden könne, die dann in fest installierten Navigationssystemen zum Einsatz kommen werde.

Herr Tranel weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass Möglichkeiten der Nachsteuerung gegeben sein müssten.

Die Fragen von Herrn Schulze Spüntrup für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. nach den Kosten für den Stromanschluss bzw. die Nutzung von Solarstrom wird die Verwaltung in der Ratssitzung beantworten.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, das im Sachverhalt beschriebene Planungskonzept für die Umsetzung eines dynamischen Parkleitsystems für die Ausführungsplanung freizugeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 5	Prüfung Anpassungserfordernisse B-Plan Nr. 12 Druffels Feld Vorlage: 144/2017
-------	--

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Wortmeldung zur Kenntnis.

TOP 6	Bauvorhaben Schulzentrum - Festlegung der Verfahrensart zur Vergabe der Architekten- u. Ingenieurleistungen Vorlage: 136/2017
-------	--

Herr Tranel ist für die CDU-Fraktion der Meinung, dass die Sitzungsvorlage der Diskussion der letzten Monate entspreche, diese aber nicht beendet sei. In gutem und konstruktivem Austausch mit dem Bauteam der Lehrerschaft des Nepomucenums seien immer wieder neue Fragen gestellt worden. Der vorgeschlagene Weg einer Sanierung mit Modernisierung biete keine Varianten, bei einem Neubau böten sich ggf. andere Varianten oder Möglichkeiten. Hierzu bedürfe es weiterer Informationen.

Herr Stallmeyer ist für die SPD-Fraktion der Auffassung, heute keine Entscheidung zu treffen und die durch den Koalitionsvertrag neu aufgeworfene Diskussion über G 8/G 9 abzuwarten und die Sommerferien zu nutzen, um weitere Informationen zu sammeln. Dazu gehöre auch die Ermittlung und Auswertung von Zahlenmaterial für einen Neubau.

Herr Peters weist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld darauf hin, dass das vorgeschlagene Verhandlungsverfahren auch ohne vorgelagerten Planungswettbewerb mindestens 4 bis 6 Monate in Anspruch nehmen werde. Diese Zeit könne zur weite-

ren Information genutzt werden. Er schlägt vor, nicht an einen Einzelarchitekten sondern an einen Generalplaner oder gebündelt zu vergeben.

Frau Ahrendt-Prinz verweist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die ablehnende Haltung zur Planung. Sie kündigt für die heutige Sitzung eine Stimmenthaltung an, da noch viele Fragen offen seien und der Kostenrahmen kritisch gesehen werde.

Herr Backes weist darauf hin, dass einer Bündelung rechtlich Grenzen z. B. in Bezug auf die Förderung gesetzt seien. Auch seien für Tragwerksplanung, Wärmeschutz, Brandschutz usw. weitere nicht gleichzeitig durchführbare EU-weite Vergabeverfahren durchzuführen. Um das weitere Planverfahren einleiten zu können, sei nun die Grundsatzentscheidung über das Vergabeverfahren für die Architektenleistungen erforderlich. Er erläutert, dass der Beschlussvorschlag nur festlege, ob ein Planungswettbewerb (wie Jacobischule) oder ein VOF-Verhandlungsverfahren (wie UrbaneBERKEL) durchgeführt werde. Auftragsgrundlage für die Verwaltung sei der Beschluss aus der Sitzungsvorlage 290/2016. Eine Vergabe der Planungsleistungen könne frühestens im Frühjahr 2018 erfolgen, bis dahin seien auch noch Korrekturen am Raumprogramm möglich oder es könne mit Optionen geplant werden, wenn bis dahin nicht alle Parameter z. B. G8/G9) feststünden. G9 habe einen Mehrbedarf zur Folge.

Anschließend zeigt Herr Backes anhand einer Präsentation (**Anlage 1 zur Niederschrift**) die Vor- und Nachteile eines Neubaus an anderer Stelle gegenüber einer Sanierung auf. Dabei macht er deutlich, dass das Schulzentrum ein Baudenkmal sei, zu dessen Erhaltung die Stadt verpflichtet sei. Daher sei ein Neubau nur eine theoretische Alternative. Weiterhin erläutert er den Flächenbedarf und informiert anhand von Tabellen über die Baukosten einer Modernisierung und eines Neubaus, indiziert auf die Bauzeit ohne (~ 38 Mio. € ./ . Förderung bzw. ~ 50 Mio. €) und mit Risikozuschlägen (~ 45 Mio.€ ./ . Förderung bzw. 60 Mio. €). Die Förderung der Modernisierung könne zwar noch nicht genau angegeben werden. Schulneubau sei abergrundsätzlich nicht förderfähig, hier greife die Schulbaupauschale. In Bestandsgebäuden sei eine Förderung jedoch für bestimmte Maßnahmen (z.B. Denkmalschutz, Wärmeschutz, Quartiersbezug) möglich. Konkret könne hier erst bei Vorliegen der Entwurfsplanung und Abstimmung mit der Bezirksregierung informiert werden.

In der Diskussion über das Zahlenmaterial ist Herr Kraska für die FDP-Fraktion der Auffassung, dass eine Modernisierung aufgrund der Fördermittel einen Kompromiss darstelle.

Herr Stallmeyer meist für die SPD-Fraktion, dass nun wichtige Argumente und neue Informationen vorlägen, die wieder in den Fraktionen zu diskutieren seien. Er schlägt vor, die Entscheidung auf die Ratssitzung zu vertagen und bittet, die Präsentation allen Ratsmitgliedern und der Presse zur Verfügung zu stellen.

Herr Tranel ist für die CDU-Fraktion ebenfalls der Meinung, die Entscheidung in der Ratssitzung zu treffen. Die nun vorliegenden Zahlen seien wichtig für die Diskussion in der Öffentlichkeit und sollten auch an die Schulen kommuniziert werden. Es stelle sich die Frage, ob eine Planung in Optionen zu Mehrkosten führen und deshalb ggf. bis zu einer Entscheidung aus Düsseldorf gewartet werden solle. Hierzu wiederholt Herr Backes, dass das endgültige Raumprogramm im Frühjahr feststehen müsse; ein Gespräch mit den Schulen sei kurzfristig geplant.

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, die Entscheidung nicht weiter zu verschieben. Seine Fraktion habe keine Probleme dem Vergabeverfahren jetzt zuzustimmen. Er weist darauf hin, dass es auch Bundesmittel zur Förderung nationaler Projekte geben könne. Zuständig sei s. W. die OFD Münster.

Nach weiterer Beratung fasst der Ausschussvorsitzende das Diskussionsergebnis zusammen. Eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Vorlage 136/2017 erfolgt nicht. Eine Entscheidung erfolgt nach weiterer Erörterung in den Fraktionen in der Ratssitzung am 13.07.2017. Den Fraktionen wird die Präsentation Modernisierung/Neubau kurzfristig zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
ohne			

TOP 7	Konzentrationszonen Letter Bruch, östlich Zuschlag, Goxel - geänderte Standortkonzepte Vorlage: 137/2017
-------	---

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 8	Neubau des Umkleidegebäudes im Sportzentrum Lette Vorlage: 130/2017
-------	--

Zu diesem TOP liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der von Frau Ahrendt-Prinz erläutert wird.

Grundsätzlich stimme ihre Fraktion der Maßnahme zu, das Fällen der 6 Eichen werde jedoch nicht mitgetragen. Es werde daher beantragt, Alternativen für die Anlegung der Stellplätze zu suchen. Ggf. könne man mit der Firma Hörbelt oder Ernsting's family über eine Mitnutzung der dort vorhandenen Stellplätze verhandeln. Wenn keine andere Lösung gefunden werden, sollte auf die Stellplätze verzichtet werden.

Herr Backes erläutert, dass bei einem Erhalt der Bäume mehr als die 5 im Antrag genannten Stellplätze wegfielen, da unter Bäumen der Kronenbereich auch von Fahrspuren freizuhalten sei. Im Nahbereich stünden keine Flächen zur Verfügung. Im Moment bestehe auch keine Möglichkeit, Flächen von Ernsting's family mit zu nutzen. Ggf. könne auf lange Sicht bei Großveranstaltungen eine Nutzung möglich werden.

Herr Sokol ist für die Fraktion AfC/Familie der Meinung, dass ein ökologischer Ausgleich zu schaffen sei. Das gelte für Privatleute und müsse auch für den Sportverein zutreffen. Herr Backes erläutert, dass ein Geldausgleich für das Ökokonto geleistet werde. Der Ausgleich erfolge in der freien Landschaft.

Herr Peters weist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. darauf hin, dass der Grundriss nur Herren-Umkleideräume vorsehe.

Nach weiterer Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und anschließend über die Beschlussvorschläge 1 bis 5 unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses der Bezirksausschusssitzung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen, dem Ersatzneubau der städt. Umkleiden im Sportzentrum Lette, verbunden mit der erstmaligen Errichtung eines Kurs- und Gymnastikraumes sowie von Räumlichkeiten für die Geschäftsstelle des DJK Vorwärts Lette e.V. zuzustimmen.
2. Der Rat ist damit einverstanden, dass der Verein DJK Vorwärts Lette e.V. den Abbruch des bestehenden Umkleidegebäudes und die Errichtung des Neubaus einschließlich Außenanlagen entsprechend der mit der Verwaltung abgestimmten Planung in eigener Verantwortung übernimmt. Das Kostenrisiko trägt der Verein. Ein Erbbaurechtsvertrag für die erforderliche Gebäudefläche ist vorzubereiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
3. Die Baumaßnahme wird – vorbehaltlich der haushaltsmäßigen Ermächtigung in Form einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2018 - mit einem städtischen Bauzuschuss in Höhe des nicht mehr erforderlich werdenden Sanierungsaufwandes für die bestehenden Umkleiden von 265.000 € finanziell unterstützt. Der Zuschuss wird je zur Hälfte in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 ausgezahlt.

Für die Gewährung der städtischen Zuschüsse sowie der Zahlung des städtischen Anteils an den jährlichen Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten nach den im Sachverhalt beschriebenen Maßstäben ist eine vertragliche Vereinbarung mit dem Verein zu schließen.

4. Der Rat ist damit einverstanden, dass im Zuge der Verwirklichung des Bauvorhabens die in der Anlage 2 dargestellten 10 Bäume (vier jüngere Buchen und eine aus sechs Bäumen bestehende Baumgruppe) gefällt werden, um die für die bestehenden Sportanlagen ohnehin erforderlichen 45 Stellplätze in unmittelbarer Nähe zum Gebäude herstellen zu können. Entlang der Straße sind ersatzweise 6 neue Bäume anzupflanzen. Der restliche Ausgleich erfolgt durch Neuanpflanzungen an anderer Stelle im Außenbereich.
5. Die Erstellung der 45 Stellplätze erfolgt auf Kosten der Stadt. Der Verein hat die übrigen Außenanlagen und notwendige Anpassungsarbeiten im Außenbereich zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss über den Antrag Bündnis 90/Die Grünen	2	10	0
Beschluss 1	12	0	0
Beschluss 2	12	0	0
Beschluss 3	12	0	0
Beschluss 4	11	1	0
Beschluss 5	11	1	0

TOP 9	Zustimmung zur Ablösung des Ausbaubeitrags für die Ausbaumaßnahme "Am Haus Lette" Vorlage: 141/2017
-------	--

Beschlussvorschlag:

Die Ablösung des Beitrags für die Straßenbaumaßnahme „Am Haus Lette“ soll den betroffenen Grundstückseigentümern angeboten werden. Mit den Grundstückseigentümern sollen entsprechende Ablösungsverträge unter Offenlegung der Berechnung geschlossen werden.

Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe der Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG vom 28.03.2014 zu ermittelnden Ausbaubeitrags.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

Herr Kretschmer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 10	Pflegeaufwendungen Schlosspark/Wiemannweg Vorlage: 150/2017
--------	--

Ergänzend zur Sitzungsvorlagen informiert Herr Backes anhand einer Tabelle (**Anlage 2 zur Niederschrift**) über die ermittelten Abschreibungen. Da die Gesamtkosten noch nicht genau feststünden, ergebe sich bei einer Nutzungsdauer von 30 Jahren eine Nettobelastung von rd. 26.300 € pro Jahr.

In der ausführlichen Diskussion rechnet Herr Kraska für die FDP-Fraktion die Pflegekosten auf die Gesamtmaßnahme UrbaneBerkel hoch. Er kritisiert, dass den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden müsse, dass diese Kosten an anderer Stelle einzusparen seien. Seine Fraktion habe immer wieder auf die Folgekosten hingewiesen, konkrete Zahlen habe man jedoch nicht erhalten.

Herr Sokol vermisst für die Fraktion AfC/Familie Ersatzanpflanzungen und regt an, Hundetoiletten anzulegen.

Herr Backes erläutert, dass ausnahmsweise ein Beutelspender aufgestellt wurde, die Verwaltung gehe davon aus, dass dieser aufgrund der hohen sozialen Kontrolle von den Hundehaltern auch genutzt werde.

Zu den Pflegekosten führt Herr Backes aus, dass Investitionen immer Folgekosten nach sich zögen. In den Sommerferien werde ein Pflegekonzept erarbeitet, dessen Kosten in den Haushaltsplanberatungen 2018 zur Abwägung gestellt werde. Im Übrigen seien Aussagen zu den Folgekosten in der Sitzungsvorlage 075/2016 enthalten.

Herr Stallmeyer erklärt für die SPD-Fraktion, dass im Vorfeld bekannt gewesen sei, dass Aufwendungen für die Pflege entstehen werden. Auch vor Umsetzung des Projektes seien

Aufwendungen für die Unterhaltung erforderlich gewesen. Es sei ein festes Raster für die Pflege notwendig.

Herr Tranel stellt für die CDU-Fraktion heraus, dass der Schlosspark gut gelungen sei und gut angenommen werde. Man könne über solche Projekte durchaus streiten, die Mehrheit habe diesen Park auf den Weg gebracht. Der Vorwurf, dass nicht über Folgekosten gesprochen worden sei, sei nicht korrekt. Seine Fraktion stelle sich gerne der Diskussion.

Frau Ahrendt-Prinz stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heraus, dass Zukunftsinvestitionen immer richtig seien, die Politik aber auch in der Pflicht sei, auf die Kosten zu achten. Das Projekt hätte auch mit weniger Aufwand und geringeren Kosten umgesetzt werden können. Der Schlosspark sei einfach zu teuer.

Herr Backes macht deutlich, dass Investitionen für die positive Entwicklung einer Stadt notwendig seien. Die Mittel für das Projekt seien für die Bewohner der Innenstadt, die Patienten des Krankenhauses und die Schule gut investiert. Es handele sich um ein stimmiges Konzept mit aufeinander abgestimmten Elementen, das nicht billiger umgesetzt werden könne.

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. dass das Geld besser z. B. in den Schulen investiert worden wäre. Auch falle die Innenstadt deutlich ab.

Herr Kraska betont für die FDP-Fraktion noch einmal, dass gut und richtig investiert werden müsse. Schulen müssten Vorrang haben. Der Park sei schön, aber es müsse mit Augenmaß investiert werden.

TOP 11	Beschluss der Ausbauplanung zur Umgestaltung der Bernhard-von-Galen-Straße (2. Bauabschnitt) und zur Ausgestaltung der Tempo 30-Zone Münsterstraße Vorlage: 143/2017
--------	---

Da die Abstimmung mit der Bezirksregierung erst am 12.07.2017 erfolgen wird, ist eine Beratung und Entscheidung nicht möglich. Die Verwaltung wird in der Ratssitzung über das Ergebnis der Abstimmung in der Ratssitzung berichten.

TOP 12	Vorhaben- und Erschließungsplan "Fritzen-Quartier" Vorlage: 145/2017
--------	---

Frau Ahrendt-Prinz begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Entwicklung. Sie weist darauf hin, dass auch sozialer Wohnungsbau bzw. Wohnen für untere Einkommen berücksichtigt werden müsse.

Herr Backes teilt hierzu mit, dass ein endgültiges Konzept noch nicht vorliege. Es handele sich auch um ein Rechenexempel, da sich öffentlich geförderter Wohnraum trotz Tilgungsnachlässen u. a. wegen der zu niedrigen Bemessungsmieten in Coesfeld für private Investoren grundsätzlich nicht rechne. Es solle bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, ob gefördert oder nicht, werde zurzeit noch geprüft.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ist Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, ein positives Startsignal zu geben. Er ist der Auffassung, dass der Bebauungsplan zumindest in Teilbereichen aufgehoben werden müsse

und stellt den Antrag, den Gestaltungbeirat zu beteiligen. Auf seine Nachfrage erklärt Herr Backes, dass der Investor auch Interesse an einer Bebauung des angrenzenden Grundstückes habe. Herr Schmitz ergänzt, dass ein sog. Briemarkenplan über einen bestehenden Bebauungsplan gelegt werde, wobei der Immissionsschutz für den angrenzenden Bereich des Bebauungsplanes Nr. 88 zu beachten sei.

Nach weiterer Erörterung bestehen keine Bedenken, en bloc über die Beschlussvorschläge 1 und 2 und besonders über den Antrag der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. abzustimmen.

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat beschließt gemäß § 12 BauGB die Einleitung des Verfahrens für einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan zur Errichtung einer Quartiersbebauung mit Wohn- und Gewerbenutzungen auf dem ehemaligen Gelände der Firma Fritzen - Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 4, Flurstück 565, rd. 0,63 ha - an der Dülmener Straße.

Beschlussvorschlag 2:

Der Rat beschließt gemäß § 2 BauGB in der zurzeit gültigen Fassung i.V.m. § 12 BauGB den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 88a „Fritzen-Quartier“ aufzustellen und das Bebauungsplanverfahren auf Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchzuführen.

Das Plangebiet befindet sich im nördlichen Bereich der Dülmener Straße auf dem ehemaligen Gelände der Firma Fritzen.

Folgende Flurstücke sind im Geltungsbereich enthalten:

- Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 4, Flurstück 565

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist im beigefügten Übersichtsplan (Anlage 2) dargestellt.

Beschlussvorschlag 3 (Antrag Pro Coesfeld)

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen empfiehlt, den Gestaltungsbeirat bei der Planung beratend hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 und 2	11	0	0
Beschluss Antrag Pro Coesfeld	10	1	0

TOP 13 Anfragen

Herr Sokol erkundigt sich nach der Umsetzung der Umgestaltung des Bahnhofsbereiches.

Herr Backes teilt mit, dass die Gespräche mit dem Investor, der Bahn und den Mietern noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Kretschmar erinnert daran, Bürgerversammlungen so zu terminieren, dass keine Fraktionssitzungen u. ä. entgegenstehen.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwering
Schriftführerin